

Der Vollzugsdienst

2/2022 – 69. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Abgeerntet – eine erfolgreiche Nachwuchsgewinnung lässt weiter auf sich warten

Handlungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung steht auf dem Spiel

Seite 2

Belegungszahlen sinken – Die Zukunft des offenen Vollzugs – Ab- oder Ausbau?

Geringe Auslastung birgt die Gefahr von Reduzierungen im Dienstplan

Seite 11

Hausdurchsuchung bei einem Vollzugsbediensteten – war das verhältnismäßig?

Massiver Eingriff in die Privatsphäre eines Bediensteten und seiner Familie

Seite 28

Flucht vor dem Krieg in der Ukraine

Ende Februar hat Russland Krieg gegen die Ukraine begonnen. Über 1,5 Millionen Menschen waren kurze Zeit später auf der Flucht.

Viele Kolleginnen und Kollegen sind über Vereine, Hilfsorganisationen oder auch privat engagiert, um den Menschen aus dem ukrainischen Kriegsgebiet zu helfen.

Lesen Sie mehr dazu in verschiedenen Beiträgen dieser Ausgabe.

Foto: pronola/stock.adobe.com



BERLIN



HAMBURG



SACHSEN-ANHALT

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Kommentar des Bundesvorsitzenden René Müller
- 2 Abgeerntet – eine erfolgreiche Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst lässt weiterhin auf sich warten
- 4 Die Zahlung der Pflegezulage wurde verweigert – Kundgebung vor dem Landtag in Niedersachsen
- 4 Vorbereitungen auf die nächsten Tarifverhandlungen
- 5 Bundesseniorenvertretung ist gegen eine Diskriminierung der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger

LANDESVERBÄNDE

- 6 Baden-Württemberg
- 14 Bayern
- 16 Berlin
- 20 Brandenburg
- 23 Hamburg
- 26 Hessen
- 34 Mecklenburg-Vorpommern
- 36 Niedersachsen
- 37 Nordrhein-Westfalen
- 51 Rheinland-Pfalz
- 55 Saarland
- 58 Sachsen-Anhalt
- 63 Schleswig-Holstein
- 69 Thüringen
- 67 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender Schriftleitung	Martin Kalt	martin.kalt@bsbd-bund.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	bsbd.brb-geschaeftsstelle@email.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 3/2022:

14. Juni 2022



Kommentar des Bundesvorsitzenden

Liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts des ungeheuerlichen militärischen Einmarsches Russlands in die Ukraine und damit eines fürchterlichen Krieges in Europa, rücken die Probleme um die COVID 19 Pandemie und andere in den Hintergrund. Viele Kolleginnen und Kollegen sind bereits über Vereine, Hilfsorganisationen aber auch privat engagiert, um den Menschen aus dem ukrainischen Kriegsgebiet zu helfen. In den Medien und seitens der ukrainischen Repräsentanten wird, neben dem ausgesprochenen Dank für die geleistete Hilfe, immer wieder betont, dass eine schnelle finanzielle Unterstützung am effektivsten ist. Unser Kooperationspartner, die **BBBank**, hat zur Unterstützung der Ukraine ein Spendenkonto eingerichtet.

Es fällt schwer angesichts der Toten und Verletzten in der Ukraine die alltäglichen Themen und Probleme des Justizvollzuges auf den Tisch zu bringen. Und trotzdem geht es weiter. Wir müssen und werden als Strafvollzugsgewerkschaft mit den Verantwortlichen der Justizministerien reden, um für die zu erwartenden Problemstellungen gerüstet zu sein.

Mit großer Sorge betrachten wir den Zustrom nicht registrierter Flüchtlinge, da uns die Vergangenheit gelehrt hat, dass auch Kriminelle die Wirren eines Krieges auszunutzen wissen und versuchen, aus dem Leid der Anderen ihren Gewinn zu ziehen. Mit dem Zuzug weiterer Menschen steigt auch die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Zahlen der Inhaftierten in den deutschen Justizvollzugsanstalten erhöhen werden. Darüber hinaus steigt auch die Gefahr terroristischer Aktivitäten durch gezielt nach Deutschland und Europa eingeschleuster Straftäter und Provokateure. Ist der deutsche Justizvollzug

strukturell und logistisch darauf vorbereitet? Seit langem fordert der **BSBD** die Einrichtung einer zentralen Hafteinrichtung zur Inhaftierung terroristischer Straftäter bzw. von Personen, denen eine Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nachgewiesen wird.

Wir warnen seit 2015/16 vor einer logistischen und personellen Überlastung deutscher Haftanstalten. Auch wenn es zum gegebenen Zeitpunkt politisch wenig opportun erscheint, muss diese Frage erlaubt sein und gestellt werden. Nicht um zu beunruhigen, sondern um vorbereitet zu sein. Angesichts der temporären Zuzugsströme nach Europa und den damit verbundenen administrativen Aufgaben wird vermutlich erneut das Personal knapp und wird neben der Pandemiebekämpfung ggf. erneut Begehrlichkeiten wecken, Personal aus dem Justizvollzug in anderen Behörden einsetzen zu wollen. Hier ist klar anzumerken, dass zusätzliches Personal schlichtweg nicht vorhanden ist und wir an dieser Stelle die Ministerien vor einer zusätzlichen Personalausdünnung des Justizvollzuges eindringlich warnen.

Dass wir in Deutschland die Versorgung der Justizvollzugsanstalten mit Energie und Waren des täglichen Bedarfs decken können, davon gehen wir aus und trotzdem sei der Hinweis erlaubt, einen möglichen Mangel nicht aus den Augen zu verlieren. Wir wollen hier keine Engpässe herbeireden, sollten aber auf mögliche Szenarien rechtzeitig vorbereitet sein, schließlich geht es um die Sicherheit der deutschen Justizvollzugsanstalten und unsere Verantwortung für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger.

René Müller, BSBD Bundesvorsitzender



Humanitäre Hilfe für die Betroffenen

Jetzt spenden

Spendenkonto:

BBBank Stiftung

IBAN: DE 85 6609 0800 0009 9999 90

www.bbbank-stiftung.de/ukraine-spende



Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst

Abgeerntet – eine erfolgreiche Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst lässt weiterhin auf sich warten

Der öffentliche Dienst in Deutschland steht unter Druck; zentrale Zukunftsfragen wie die Digitalisierung der Verwaltung und Maßnahmen gegen den Klimawandel stehen auf der Agenda. Parallel wird es aufgrund der demografischen Entwicklung immer schwieriger, Nachwuchskräfte zu gewinnen und bereits beschäftigte Mitarbeiter zu halten.

Bis 2030 wird mehr als jeder dritte Beschäftigte im öffentlichen Dienst in Rente gehen. Einer Prognose zufolge wird bis zum Jahr 2030 eine Personallücke von circa 731.000 Beschäftigten in Deutschland entstehen. Der McKinsey-Studie aus 2019 nach entfallen ungefähr 401.000 Beschäftigte davon auf die mittlere Führungsebene, die für die Umsetzung von Zukunftsprojekten für besonders bedeutsam angesehen werden.

Die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung steht auf dem Spiel

Diese Zahlen sind alarmierend: Es droht die Handlungsunfähigkeit der öffentlichen Verwaltung. Schon heute fehlt Personal in den meisten Bereichen. Besonders eklatant macht sich der Personalmangel bei Nachwuchskräften mit akademischem Hintergrund bemerkbar: Nach McKinsey geben 90 Prozent der Befragten in der eigenen Studie an, dass die Nachwuchsentwicklung



Abgeerntet: Es wird immer schwieriger Nachwuchskräfte für den öffentlichen Dienst zu gewinnen.

gerade der mittleren Führungsebene extrem herausfordernd ist; 77 Prozent berichten, dass die Besten eines Jahrgangs nie oder nur selten in ihrer Behörde anfangen; 30 Prozent beklagen, dass mindestens die Hälfte der Bewerber ihre Angebote ablehnt.

Dieser Nachwuchs ist für die spätere Besetzung der mittleren Führungsebene in Behörden entscheidend, also zum Beispiel für die Besetzung von Unterabteilungs- oder Referatsleiterposten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.

Schon als Einstiegsoption erscheint die öffentliche Verwaltung für viele Nachwuchskräfte wenig attraktiv.

In einer Umfrage des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) unter Studierenden gab nur knapp jeder zehnte an, mit Bestimmtheit im öffentlichen Sektor arbeiten zu wollen. Dagegen war jeder vierte Studierende sicher, sich für einen Arbeitgeber in der Privatwirtschaft zu entscheiden.

Besonders die großen Behörden haben es anscheinend schwer, sich als beliebte Arbeitgeber zu profilieren. Von ihrem zukünftigen Arbeitgeber, so die McKinsey-Studie, erwarten Studierende vor allem, Familie und Beruf vereinbaren zu können.

Auf den Plätzen zwei und drei der Wunschliste stehen die Sicherheit des Arbeitsplatzes und der Nutzen der Arbeit für die Allgemeinheit – eigentlich das Wertversprechen des öffentlichen Sektors. Man würde also erwarten, dass der öffentliche Sektor gerade bei diesen Themen in der Wahrnehmung der Studierenden deutlich besser als die Privatwirtschaft abschneidet. Doch die Studierenden sehen das anders. Von den Befragten, denen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sehr wichtig ist, sind nur 10 Prozent sicher, dass sie sich für den öffentlichen Sektor entscheiden werden, jedoch wollen 22 Prozent sicher in die Privatwirtschaft. Auch beim Kriterium „Nutzen für die Allgemeinheit“ schneidet der öffentliche Sektor paradoxerweise schlechter ab als die Privatwirtschaft.

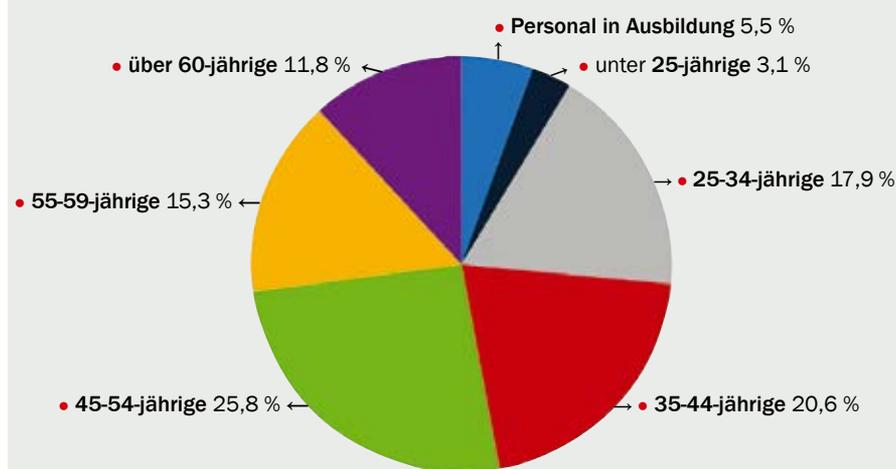
Weggang von Mitarbeitern ist ein zunehmendes Problem

Der öffentliche Dienst tut sich nicht nur schwer mit der Rekrutierung von genügend talentierten Nachwuchskräften. Auch der Weggang von Mitarbeitern ist ein zunehmendes Problem für große Behörden.

Die Ursachen sind vielfältig. Nicht erfüllte Gehaltsvorstellungen sind der häufigste Grund, warum Nachwuchsführungskräfte in die Privatwirtschaft wechseln.

Über 59 Prozent der Befragten äußerten sich dahingehend, dass die mittlere Führungsebene den öffentlichen Sektor verlässt, weil Gehaltsvorstellungen nicht erfüllt werden. 35 Prozent der Befragten gaben beispielsweise an,

Verteilung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Deutschland nach Altersgruppen im Jahr 2020



Quelle: dbb beamtenbund und tarifunion © Statista 2022

Weitere Informationen: Deutschland: 30. Juni 2020

Warum die mittlere Führungsebene den öffentlichen Sektor verlässt



Hinweis: Maximal drei Antwortoptionen konnten ausgewählt werden. Die Frage lautete: „Bitte wählen Sie die drei wichtigsten Gründe aus, die Führungskräfte dazu bewegen, ihre Organisation zu verlassen.“
Quelle: McKinsey

dass kompetente Fachkräfte die Behörde verlassen, weil es an inspirierenden Führungskräften mangelt, die als Vorbilder fungieren und die Mitarbeiterentwicklung als Chefsache betreiben.

Nachwuchsführungskräfte möchten sich oft mit erfahrenen Vorgesetzten austauschen, um ihren beruflichen Werdegang in einem vertrauten Um-

feld zu diskutieren. Ein strukturierter Rahmen, in dem Führungskräfte von erfahrenen Kollegen Feedback bekommen, fehlt nach Aussage der befragten Experten in der Regel jedoch bei vielen öffentlichen Institutionen.

Jeder zweite Befragte (52 Prozent) nennt zudem fehlende Aufstiegsmöglichkeiten und einen Mangel an attrak-

tiven Karrieremöglichkeiten als Gründe dafür, warum Beschäftigte der mittleren Führungsebene in die Privatwirtschaft wechseln.

Nach wie vor sieht es im Justizvollzug weiterhin unbefriedigend mit der Nachwuchsgewinnung aus. Dieses bemerkten jüngst der **BSBD** Bundesvorsitzende **René Müller** und der **dbb** Bundesvorsitzende **Ulrich Silberbach** in ihren Reden anlässlich des Bundesgewerkschaftstages des **BSBD** im November letzten Jahres. Die einzelnen Länderregierungen tun sich durchgehend schwer damit, den Beruf einer/eines Justizvollzugsbediensteten attraktiv zu gestalten und darzustellen.

„Leider sehen wir hier noch immer keine Aktivitäten der jeweiligen Justizministerien in den Ländern, um die Situation nachhaltig zu verbessern.“

Das muss sich ändern! Darum fordern wir weiterhin ein intensives Umdenken der politisch Verantwortlichen ein,“ so der **BSBD** Bundesvorsitzende **René Müller**.

Quellen:
McKinsey-Studie 2019;
dbb-beamtenbund und tariunion;
eigene Recherche

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit der DBV Dienstunfähigkeitsversicherung.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Sie leisten täglich viel im stressigen Arbeitsalltag. Die **DBV Dienst- und Berufsunfähigkeitsversicherung** speziell für **Beamte** bietet Ihnen Schutz von Anfang an – egal, was kommen mag.

Lassen Sie sich von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten oder informieren Sie sich unter dbv.de/du.



150 JAHRE
Sie geben alles.
Wir geben alles für Sie.



Die Zahlung der Pflegezulage wurde verweigert

Kundgebung vor dem Landtag in Niedersachsen

Zur Kundgebung aufgerufen wurde durch die Fachgewerkschaft GeNi, und 50 Kolleginnen und Kollegen des Maßregelvollzugs aus Niedersachsen haben sich am 24. Februar 2022 auf den Weg gemacht, um vor dem niedersächsischen Landtag in Hannover ihren Unmut zu verkünden.

Sie wollten die Frage beantwortet haben „Wo sind unsere 140 Euro Pflegezulage?“

Genau wie die Kolleginnen und Kollegen, die in den Justizvollzugskrankenhäusern und den Lazaretten bundesweit tätig sind, wurde den Angestellten des Maßregelvollzugs die Pflegezulage verweigert.

Die DBB Familie hält zusammen

Vor Ort war auch unser stv. Bundesvorsitzender und Vorsitzende der AG Tarif im BSBD, Kollege Sönke Patzer. Kollege Patzer wollte mit seiner Anwesenheit die Kolleginnen und Kollegen der GeNi unterstützen und zudem ein klares Signal setzen. Wie die GeNi for-

dert der BSBD seit 2019 für seine Mitglieder diese Pflegezulage.

Es ist inakzeptabel und unerträglich, dass unseren Kolleginnen und Kollegen



Kollege Patzer in Hannover bei der Kundgebung der GeNi. Foto: Windmüller

diese Zulage verweigert wird. In Hessen und auch in Nordrhein-Westfalen wird die Pflegezulage gezahlt.

Bundesweit stehen wir vor dem Problem, keine geeigneten Mitarbeiter/innen zu finden und beklagen Kündigungen und Personalknappheit.

Nicht refinanzierbar

In der freien Marktwirtschaft sind zufriedene Mitarbeiter/innen ein sehr hohes Gut für jeden Arbeitgeber.

Brechen uns noch weitere Mitarbeiter weg, dann wird das Problem in die Krankenhäuser verschoben.

Dies bedeutet in der Folge hohe Kosten für jeden Patienten. Transport, medizinische Betreuung und es bedeutet Bewachung. Rund um die Uhr.

Schon einmal daran gedacht?

Oder ist dies dann ein anderer Topf?

Wir werden von unserer Forderung nicht abweichen. Geben sie unseren Kolleginnen und Kollegen endlich das, was sie verdienen!

Sönke Patzer

Vors. AG Tarif BSBD

Vorbereitungen auf die nächsten Tarifverhandlungen

Treffen der Tarifvertreter der Länder vom 21. bis 23. März 2022 in Königswinter



Die BSBD Tarifvertreter der Bundesländer versammelten sich in Königswinter.

Foto: BSBD

Vom 21. bis 23. März 2022 trafen sich die Tarifvertreter der Bundesländer in Königswinter um über die letzten Tarifverhandlungen und die daraus hervorgegangenen Ergebnisse zu beraten.

Der stv. Bundesvorsitzende und Vorsitzende der AG Tarif BSBD Bund, Sönke Patzer, hat als Mitglied der Verhand-

lungskommission des DBB den Kolleginnen und Kollegen von den Verhandlungen und der inakzeptablen Haltung des Td-L und ihrer Verhandlungsführer berichtet.

Außerdem haben die Vorbereitungen auf die nächsten Tarifverhandlungen begonnen. Ein Thema war unter anderem auch die Streikbereitschaft in den Ländern. Zudem standen Wahlen im

Bereich Tarif an. Die Tarifvertreter der Länder wählten aus ihren Reihen die/den Vorsitzende/n der AG Tarif sowie die/den stv. Vorsitzende/n und eine/n Protokollführer/in.

Von diesem Treffen wird auf unserer Homepage/Facebook und ausführlich im nächsten Vollzugsdienst berichtet.

Sönke Patzer

Vors. AG Tarif BSBD Bund

Bundesseniorenvertretung ist gegen eine Diskriminierung der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger

DBB Bund und die DBB Landesbünde sind zu einer umgehenden juristischen Prüfung aufgefordert

Tarifverhandlungen Öffentlicher Dienst der Länder: 2,8 Prozent mehr Gehalt und 1.300 Euro Bonus – Keine Übertragung der Corona-Zulage auf die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger.

Die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst für die Länder sind abgeschlossen. Alle Beschäftigten erhalten 2,8 Prozent mehr Geld ab 1. Dezember 2022 sowie eine Einmalzahlung von 1.300 Euro (steuer- und abgabenfrei) spätestens im März 2022.

Dass das Tarifergebnis inhalts- und zeitgleich auf die Landesbeamtinnen und -beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger übertragen wird, dürfte inzwischen in der Mehrzahl der Bundesländer beschlossene Sache sein!

Das Problem aber ist: Versorgungsempfängerinnen und -empfänger erhalten keine Corona-Sonderzahlung. **Das empfinden wir als Diskriminierung!**

Die Tarifpartner haben beschlossen, dass die Corona-Prämie in Höhe von 1.300 Euro nur aktive Beamtinnen und Beamte erhalten. **Das empfinden wir als ungerecht.**

Selbst Versorgungsempfängerinnen und -empfänger, die in den letzten Monaten während der Hochphase der Pandemie noch aktiv Dienst abgeleistet haben, sich aber inzwischen im wohlverdienten Ruhestand befinden, erhalten keinen Cent!

Dies bedeutet im Ergebnis für uns als Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger eine Abkopplung von der allgemeinen Einkommensentwicklung!

Die meisten unserer Mitglieder haben geringe Pensionen, da diese in der Mehrzahl aus den mittleren Laufbahnen stammen. Diese werden durch die überlange Zeit bis zur linearen Erhöhung im Dezember 2022 ohne jede Einkommenserhöhung bleiben aber gleichzeitig durch erhebliche Preissteigerungen über Gebühr belastet!

Das Land Hessen zeigt, dass das auch anders geht. Die Einkommen der Beschäftigten steigen hier zum 1. August 2022 um 2,2 Prozent und ein Jahr



Foto: BSBD

Georg Konrath

später nochmal um 1,8 Prozent (mindestens aber 65 Euro), also insgesamt um 4 Prozent! Diese im Vergleich zur Bundesregelung im Ergebnis deutlich bessere und frühere lineare Anpassung gilt gleichermaßen auch für die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger. Dass auch hier nur die aktiven Bediensteten 1.000.– EUR zusätzliche steuerfreie Coronaprämie erhalten, ist

deshalb aus Sicht der Versorgungsbezieher wegen der bereits zugesagten besseren linearen Erhöhung eher zu verschmerzen!

In den anderen Bundesländern sind die Landesbünde des **Deutschen Beamtenbundes** in Verhandlungen mit den einzelnen Landesregierungen zwar auf viel Verständnis für die Forderungen nach Ausgleichsmaßnahmen für die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger gestoßen, dennoch wurde nach unserer Kenntnis in nicht einem einzigen Bundesland eine Kompensation beschlossen.

Das „Geschenk“ wurde für die Staatskassen offenbar überall gerne angenommen. Die Leidtragenden sind alleine die Pensionärinnen und Pensionäre.

Die Preise stiegen 2021, wie das europäische Statistikamt Eurostat nach einer ersten Schätzung mitteilt, um 5,1 Prozent! Das ist der höchste Wert seit Beginn der Statistik 1997. Fachleute erwarten, dass die Verbraucherpreise in den kommenden Monaten weiter deutlich zulegen.

Die **BSBD** Bundesseniorenvertretung hat erhebliche Zweifel, ob hinsichtlich dieser Entwicklung die vom Bundesverfassungsgericht entwickelten Grundsätze und Vorgaben zur Alimentation für die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger noch eingehalten werden.

Wir fordern den DBB und die Landesbünde umgehend zu einer juristischen Prüfung auf!

In Richtung Tarifpartner geht unsere klare und eindeutige Forderung, Tarifergebnisse, die zu einer Benachteiligung der Pensionärinnen und Pensionäre führen, darf es künftig nicht noch einmal geben!

Einmalzahlungen für besondere Situationen sind in Bezug auf die hohen Belastungen der aktiven Beschäftigten – aus unserer Sicht – völlig in Ordnung, diese sind aber grundsätzlich – wie alle Erschwerniszulagen – zusätzlich zu den Gehältern vom Dienstherrn zu vergüten!

In Tarifverhandlungen haben diese nichts zu suchen und dürfen schon gar nicht – wie jetzt geschehen – das Ergebnis der Tarifverhandlungen negativ beeinflussen!

Georg Konrath
stellv. BSBD Bundesseniorenvertreter
BSBD-Bund-Senioren-
vertretung@t-online.de



Versorgungsempfängerinnen und -empfänger erhalten keine Corona-Sonderzahlung.